

Veränderung ist Mehr wert!
*Zuversichtserzählungen im Kontext von
umweltpolitischer Verbandsarbeit*

Grundlagen

5.3.2025

Impressum

Projektleitung / Projektkoordination

Dr. Christine Katz (diversu e.V. – Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit)

Lukas Nicolaisen (FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz)

Autorinnen und Autoren

Wondra, Jakob; Katz, Nina; Teller, Florian; Nicolaisen, Lukas

Zitierempfehlung

diversu / FARN (2025): *Veränderung ist Mehr wert! Zuversichtserzählungen im Kontext von umweltpolitischer Verbandsarbeit. Grundlagenbericht.* Verbändetitel des Umweltbundesamt. Lüneburg. Berlin.

Stand

März 2025

Förderungen

Das Projekt „Veränderung ist Mehr wert! Zuversichtserzählungen im Kontext von umweltpolitischer Verbandsarbeit“ wurde durch das Umweltbundesamt gefördert.



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Kontakt

diversu e.V.

Lindenstraße 24

21335 Lüneburg

Telefon: +49-4131-2844104

E-Mail: info@diversu.org

Inhalt

Hintergrund	4
Quellen	7
(I) Medienanalyse „Rechte Narrative über sozial-ökologische Transformation“ (Florian Teller, Lukas Nicolaisen)	9
Compact-Magazin	10
Junge Freiheit	12
Die Welt	14
Der Stern	17
Zusammenfassung	17
(II) Umfrage: Themen und Forderungen der Umweltverbände zur Klima- und Biodiversitätspolitik – Kontroversen und Polarisierungspotenziale (Jakob Wondra, Christine Katz)	21
Einleitung	21
Ergebnisse.....	21
1. Klima- und biodiversitätspolitische Botschaften mit hohem Polarisierungspotenzial.....	21
2. Themen, die von rechtspopulistischen Akteuren instrumentalisiert werden	23
3. Themen mit geringerer Konflikträchtigkeit.....	24
4. Erfahrungen mit Zuversichtserzählungen.....	25
Zusammenführende Diskussion	26
1. Kommunikation mit und über Kritik	26
2. Appell an Moral und Ethik in Zusammenhang mit Schuldzuweisung	26
3. Kommunikation mit Angst	27
4. Positive Kommunikation	29
III Online-Denkwerkstatt: Was ziehen wir aus den Ergebnissen aus I und II?	30
Zur Konstruktion und Kommunikation von Botschaften	30

(1) Kommunikation mit Angst	30
(2) Schlagzeilenjournalismus	31
(3) Selbstwirksamkeit betonen und Wege aus der Ohnmacht aufzeigen	32
(4) Wie sollte kommuniziert werden?	33
Was brauchen Journalist*innen von Umweltverbänden und umgekehrt?	37
Was hilft Journalist*innen?	37
Was hilft Umweltakteuren?	37

Hintergrund

Um den umweltpolitischen Diskurs ist es derzeit nicht gut bestellt. In der medialen Auseinandersetzung über die notwendigen Veränderungen unserer sozial-ökologischen Verhältnisse dominieren Hass- und Angsterzählungen über den dadurch drohenden Verlust von Wohlstand und Privilegien und die Verschärfung sozialer Ungerechtigkeiten (Teune et al. 2021: 8) Dass massive Einbrüche bevorstehen, ökologische und gesellschaftliche Systeme kollabieren und sich irreversibel verändern, wenn wir es nicht rechtzeitig schaffen würden, uns komplett umzustellen, schwebt als Bedrohungsszenario über einem Großteil der öffentlichen Berichterstattung. Die schlechten Wachstumsraten, die als von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung bedenklich empfundenen Migrationsverhältnisse in Deutschland in Kombination mit den aktuellen geopolitischen Verwerfungen zeichnen ein zusätzliches neues Bedrohungsszenario an die Wand: Ohne eine Stärkung der europäischen Sicherheitsarchitektur und Stabilisierung der Wirtschaft, ohne Begrenzung von Immigration sind (sozialer) Frieden und Wohlstand in Europa nicht haltbar. Klima- und Biodiversitätspolitische Forderungen geraten dadurch völlig in die Defensive.

Der Fokus auf das Erreichte, auf Menschen/ Gesellschaftsbereiche, die sich auf den Weg gemacht haben, auf gelungene Verhaltensänderungen und deren gesellschaftsrelevante gemeinschaftsstiftende Wirkung wie auch Suffizienz und Selbstbegrenzung, auf Zuversicht schaffende Allianzen etc. spielen im Diskurs bspw. kaum eine Rolle. Im Gegenteil scheint alles, was nur ansatzweise mit grüner Politik oder ökologischer Transformation, mit „Degrowth/ Postwachstum“ in Verbindung gebracht werden kann, als Verbotsmeierei und lebensfeindlicher Verzicht oder unangemessene Forderung einer Wohlstandselite stigmatisiert.

Zu beobachten ist zudem, dass die Tendenz zur Instrumentalisierung und Polarisierungen sowie zur Verunglimpfung von Engagierten, aktuell zunimmt, sich der Ton in den Medien aber auch im politischen Umfeld enorm verschärft (z.B. „Klima-/ Ökoterroristen, grüne und linke Spinner“). Die Gewaltbereitschaft gegenüber Klimaaktivist:innen und gewählten Vertreter:innen steigt. Statt über Verantwortung, über die Anliegen und ihre inhaltliche Berechtigung oder Dringlichkeit zu

reden, werden vermeintliche und sich feindlich gesonnene Lager heraufbeschworen, wird über die Formen zivilen Widerstands und deren Legitimität diskutiert. Politiker:innen setzen in ihrer Argumentationen zunehmend auf Abgrenzungs- oder Rechtfertigungsrhetorik. Dies alles erschwert einen konstruktiven Austausch und befördert Wut und Bedenken, Resignation, Frustration und Ohnmacht gegenüber der Transformation und consequenten umweltpolitischen Forderungen und Maßnahmen.

Antidemokratische, radikalkonservative und -rechtspopulistische Gruppen machen sich dies zu Nutze. Sie schüren die Polarisierungen und sozialen Spaltungstendenzen. Neben aggressiven Schuldzuweisungen und ausgrenzenden menschengruppenverachtenden Feind- und Problemdiagnosen bieten sie einfache Lösungen für die komplexe Lage und torpedieren so die Klimaschutzpolitik bzw. ihre Dringlichkeit und Relevanz. Laut dem Vorsitzenden der AfD Gauland ist „Die Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AfD“, Alice Weidel sprach im Wahlkampf davon die „Windmühlen der Schande“ niederreißen zu wollen.

Transformations-/ Umweltpolitik insgesamt wie auch die Arbeit von Umweltverbänden sind von diesen Entwicklungen maßgeblich betroffen.

Als Gesellschaft brauchen wir dringend Beiträge zum Transformationsdiskurs, die Zuversicht vermitteln, auf gemeinsame Stärke und Gestaltungsmöglichkeiten fokussieren, ohne dabei die Ängste und Verunsicherung, die mit Veränderungen und großen Umbrüchen einhergehen klein-/ schön zu reden oder das, was dabei ungerecht verläuft, auszublenden (Unterholzner 2021, Leopoldina 2021). Es bedarf motivierender Zukunftsbilder, die den gesellschaftlichen Mehrwert der angestrebten Veränderungen hervorheben (Macaspac et al. (2022, Rosa 2019). Wichtig ist zudem, mit solchen Zuversichtserzählungen keine neuen Einfallstore für antidemokratische, rechtspopulistische und ausgrenzende Ideologien zu entwerfen, wie es bspw. mit einem unreflektierten Bezug auf Heimat schnell passieren kann.

Umweltverbände genießen in der Öffentlichkeit ein hohes Maß an Legitimität und Glaubwürdigkeit. Dies gilt als eines der Erfolgskriterien für die Kommunikation von Narrativen (Espinosa et al. 2017). Zuversichtserzählungen sind bei ihnen jedoch bisher eher wenig verbreitet. Auch fehlt es an einer Art gemeinsamen Strategie oder zumindest an Vorstellungen darüber, mit welchen Erzählungen und Bildern und zu welchen Themen dabei sinnvollerweise gearbeitet

werden könnte.

Das Projekt „Veränderung ist Mehr wert! Zuversichtserzählungen im Kontext von umweltpolitischer Verbandsarbeit“ setzt hier an. Es möchte Umweltverbände dabei unterstützen, eine gemeinsame Vermittlungsstrategie für Umweltthemen zur Klima- und Biodiversitätspolitik als Erzählungen über Zuversicht und Mitgestaltung zu entwickeln. Wichtig ist dabei, nicht auf Vereinfachungen/ Bilder zurückzugreifen, die eine Anknüpfung an rechtsextreme und -populistische Argumentation erleichtern. Übergeordnet möchte das Projekt dazu beitragen, die sozial-ökologische Transformationsdebatte stärker auf das Lebenswerte und Ermächtigende gemeinsamer Anstrengungen hin zu orientieren – und damit Wege aus der Resignation, Ohnmacht und Wut aufzuzeigen.

Im vorliegenden Text sind die Ergebnisse aus der ersten Phase des Projekts, in der es in um die Erarbeitung von **Grundlagen** für die Auseinandersetzung mit Zuversichtserzählungen in drei verschiedenen methodischen Formaten (Medien-Analyse, Umfrage, Denkwerkstatt), zusammengestellt.

I Medienanalyse: „Rechte Narrative über sozial-ökologische Transformation“

Wurde von FARN erstellt. Im Fokus stand der Erkenntnisgewinn über die Art der Argumentation, die Bilder, die darüber transportiert werden und deren Folgen für die Zukunftsgestaltung. Herausgearbeitet wurde,

- welche Argumentationen in der klima- und biodiversitätspolitischen Kommunikation evt. positiv gewendet oder/ und gezielt ironisiert werden könnten/ sollten,
- welche Argumentationsart eher nicht genutzt werden sollte,
- welche Begriffe/ Kontexte/ Botschaften sich besonders eignen, um bestimmte Emotionen hervorzuheben/ zu erzeugen und deswegen entweder vermieden oder anders gerahmt werden sollten,
- welche Spannungsverhältnisse anders gerahmt oder aber evt. auch vermieden werden sollten.

II Umfrage: Themen und Forderungen der Umweltverbände zur Klima- und Biodiversitätspolitik – Kontroversen und Polarisierungspotenziale

Wurde von diversu durchgeführt. Die Ausarbeitung dokumentiert die Analyse der Aussagen von befragten Umwelt- und Naturschutzverbandsvertreter*innen zu klima- und

biodiversitätspolitischen Botschaften mit Spannungs- und Polarisierungspotenzial. Sie liefert Erkenntnisse

- über die Art der Argumentation von klima- und biodiversitätspolitischen Themen und Forderungen aus der Perspektive der Umweltverbände;
- macht deutlich welche Botschaften eigtl. darüber mittransportiert werden und wie diese interpretiert werden können;
- zeigt auf, welche Argumentationen eher vermieden werden sollten und welche Inhalte besonders schwierig oder sogar problematisch sind sowie, wie diese evt. vermittelt bzw. was bei der Vermittlung beachtet werden sollte.

III Online-Denkwerkstatt: Was ziehen wir aus den Ergebnissen aus I und II für die Konstruktion und Kommunikation von umweltpolitischen Botschaften? (diversu und FARN)

- Was sollte in der Vermittlung/ Argumentation von klima- und biodiversitätspolitischen Themen/ Forderungen beachtet werden, wenn sie Zuversicht und Lust auf Handeln erzeugen sollen?
- Welche Botschaften eignen sich wie und besonders, um die in 1 und 2 analysierten unbewusst mit erzeugten Bedenken/ Assoziationen zu transportieren oder eben nicht?
- Wie sollten emotionale Botschaften gestrickt (oder nicht gestrickt) werden, damit sie keine Türöffner für völkisch populistische Ideen/ Anknüpfungen liefern und der negativen Vereinnahmung des Themas entgegenwirken?

Quellen

Macaspac Hernandez, Ariel et al. (2022): Die Macht von Geschichten – Warum brauchen wir neue Narrative für eine nachhaltige Zukunft – und wie können quantitative Analysen diese unterstützen? <https://www.sdsngermany.de/die-macht-von-geschichten-warum-brauchen-wir-neue-narrative-fuer-eine-nachhaltige-zukunft-und-wie-koennen-quantitative-analysen-diese-unterstuetzen/>, Zugriff: 20.7.2023.

Michelsen Gerd und Godemann Jasmin (Hrsg. 2005): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation: Grundlagen und Praxis. Oekom: München.

Fischer Daniel und Fücker Sonja (Hrsg. 2021): Nachhaltigkeit erzählen: Durch Storytelling besser kommunizieren? (DBU: Deutsche Bundesstiftung Umwelt). Oekom: München?

Teune, Simon, Maike Rump, Beate Küpper, Julia Schatz-Schneider, Fritz Reusswig und Wiebke Lass(2021): Energiewende? – ja! Aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. DEMOKON– Research Paper II. Potsdam/Mönchengladbach.

Unterholzner Lukas (2021): Neue Narrative für Klima- und Umweltschutz.
<https://transformazine.de/neue-narrative-fuer-klima-und-umweltschutz>, Zugriff: 19.6.2023.

Leopoldina (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina; Rat für Nachhaltige Entwicklung) (2021): Klimaneutralität: Optionen für eine ambitionierte Weichenstellung und Umsetzung, Positionspapier.

Rosa, Hartmut (2019): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung, München, Deutschland: Suhrkamp Verlag AG.

(I) Medienanalyse „Rechte Narrative über sozial-ökologische Transformation“ (Florian Teller, Lukas Nicolaisen)

Im Projekt wurde exemplarisch erhoben, wie sich rechte Narrative zur sozial-ökologischen Transformation in nicht-rechten Zeitungen und Zeitschriften mit größerer Auflage wiederfinden. Dazu wurde erhoben, welche Narrative sich um die Berichterstattung über sozial-ökologische Transformation versammeln. Für das rechte Spektrum wurden die Narrative des *Compact*-Magazin und der Wochenzeitung *Junge Freiheit* jeweils für die Jahren 2019 und 2022 recherchiert. Für das nicht-rechte Spektrum wurden die *Welt* und der *Stern* herangezogen. Das Jahr 2019 wurde gewählt, da sich die Klimabewegung mit FridaysforFuture auf ihrem Höhepunkt befand. Klimaschutz und Klimawandel waren Themen, zu denen sich alle Parteien ins Verhältnis setzten und die im medialen Diskurs sehr präsent waren. Drei Jahre später richtete sich die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit vor allem auf den russischen Angriffskrieg und das Thema Inflation, vereinzelt noch auf die Corona-Pandemie. Mit der letzten Generation trat zudem ein Akteur auf, der sehr kontrovers, oft negativ rezipiert wurde. Das Klimathema wurde wegen dessen Anklebeaktionen auf der Straße oft mit den „Klimaklebern“ assoziiert.

Ausgewählt wurden Artikel, die sich Themen sozial-ökologischer Transformation widmen. Dies waren beispielsweise Artikel über die Klimabewegung, über Windradausbau, über die Wärmewende oder auch über das „Verbrenner-Aus“, über die Energiewende, über die Laufzeitverlängerung von Kohle- und Atomkraftwerken. Untersucht wurde, welche Begriffshöfe¹ in den jeweiligen Artikeln noch zu finden waren. So wurde in den rechten Publikationen oft sehr kritisch, auch abwertend über die Klimabewegung berichtet. Oft fanden sich in diesen Artikeln Begriffshöfe der Verschwörungserzählungen. So sei die Klimabewegung von Eliten gesteuert oder von NGOs dirigiert. Der menschengemachte Klimawandel wird regelmäßig geleugnet. Ab 2022 werden Narrative, dass Klimaschutzmaßnahmen der deutschen Wirtschaft schaden würden, auf die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges übertragen. So führten Sanktionen zur Deindustrialisierung Deutschlands und alle Versuche der sozial-ökologischen Transformation

¹ Begriffshof meint hier, dass sich Begriffe, Narrative und/oder verwendete Metaphern einem bestimmten Oberthema zuordnen lassen. So wurden beispielsweise die Artikel über sozial-ökologische Transformation nicht nur nach dem Begriff „Verschwörungserzählung“ durchsucht, sondern nach dem Narrative des Morgenthau-Plans oder nach Erzählungen über mächtige Eliten, die im Hintergrund die Geschicke lenkten. Bei den Themen „Kernenergie“ oder „Windkraft“ sind die verwendeten Begriffe eindeutiger. Kaum ein* Autor*in würde jedoch von sich behaupten, Verschwörungserzählungen zu verbreiten. Dort (oft auch bei den Begriffshöfen „Religion“ oder „Klimawandelleugnung“) müssen nicht nur einzelne Begriffe, sondern darüber hinaus damit verbundene Begriffe oder Narrative mit beachtet werden.

sollten angesichts von zunehmender Inflation gestoppt werden.

In der *Welt* finden sich weitaus weniger extrem rechte² Begriffshöfe. Allerdings werden dort rechtskonservative und wirtschaftsliberale Ansichten verbreitet. Die Gegenseite der oft bemühten Analogie freier Markt/Freiheit vs. staatliche Maßnahmen/Verbote mit klassischen rechten oder antikomunistischen Motiven diskreditiert. Die GRÜNEN oder die Klimabewegung werden beispielsweise als sozialistische Verbotsforderer dargestellt.

Im *Stern* finden sich keine rechten Begriffshöfe. Im Gegenteil finden sich dort Kolumnen von Akteur*innen, die sich für eine sozial-ökologische Transformation aussprechen, wie Harald Welzer oder Luisa Neubauer.

Im Folgenden werden die Rechercheergebnisse nach Medien geordnet dargestellt, verglichen und eingeordnet.

(1) Compact-Magazin

Das Magazin wird seit 2010 von Jürgen Elsässer herausgegeben und verbreitet regelmäßig verschwörungstheoretische, antisemitische und rassistische Inhalte. 2021 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz das Magazin als „gesichert rechtsextrem“ ein.

Verschwörungserzählungen

In der Ausgabe von 2019 nehmen Artikel über die sozial-ökologische Transformation einen großen Raum ein. Regelmäßig wird kritisch, oft abwertend über die Klimabewegung und die Partei Die Grünen berichtet. Regelmäßig wird auf Verschwörungsnarrative zurückgegriffen. So stünden mächtige Eliten hinter der Klimabewegung oder Klimaschutzmaßnahmen dienten dem Ziel eine Diktatur einzuführen. So heißt es beispielsweise in der März-Ausgabe 2019 auf Seite 13 im Artikel „Die Ökodiktatur der Grünen“: „Es ist staatlicher Zwang, der nach der Energie- auch die Verkehrswende einleitet, ergänzt durch die Mobilisierung der dumm gehaltenen Jugend auf der Straße. Die Planwirtschaft, die sich so herausbildet, kann man ökosozialistisch nennen – aber sie wird weder der Umwelt noch dem Sozialen nutzen, sondern denselben Eliten wie bisher.“ Auch

² Extrem rechte Begriffshöfe“ meint hier beispielsweise deutlich erkennbare antisemitische Verschwörungserzählungen oder rassistische Narrative. Wird im Text „(extrem) rechts“ verwendet, ist damit das gesamte Spektrum rechter Akteur*innen und Ideologien gemeint – von rechtskonservativ bis offen neonazistisch.

werden Klimaschutzmaßnahmen als Morgenthau-Plan³ bezeichnet, die zur Deindustrialisierung Deutschlands führten.

Religion

Oft wird ein Religionsvergleich bemüht. So werden Klimaschutz als Religion, die Klimabewegung als Kinderkreuzzug oder Greta Thunberg als „heiliges Kind“ bezeichnet. Auch wird die Berichterstattung über Klimaschutz mit rassistischen oder antifeministischen Motiven verbunden.

So wird in der Juli-Ausgabe von 2019 im Artikel

„Die große Abzocke“ auf den Seiten 23 bis 25 behauptet, die CO₂-Steuer diene dazu, die „sogenannten“ Flüchtlinge zu „alimentieren“.

Hysterie

Der Begriff „Klimahysterie“ findet sich regelmäßig in Artikeln über die sozial-ökologische Transformation. Der Begriff wurde 2019 zum Unwort des Jahres gewählt. Mit dem Vorwurf der Hysterie diffamiert man den Diskurs um den Klimawandel als überzogen, unnötig und realitätsfremd. Zusätzlich steckt eine wissenschaftsfeindliche Perspektive dahinter. Wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse nahezu 100% der Forschung zum Klimawandel und Handlungsmöglichkeiten als hysterisch pathologisiert werden, wird die eigene Emotion über rationale überprüfbare Ergebnisse gesetzt.

Zudem beinhaltet der Hysterie-Vorwurf auch eine antifeministische Komponente: vom Wortursprung her und in der tatsächlichen Benutzung wird er größtenteils auf Frauen und/oder weibliche gelesene Menschen angewendet.

Klimawandelleugnung

Der menschengemachte Klimawandel wird im Magazin durchgehend geleugnet. So schreibt der Autor in der Januar-Ausgabe im Artikel „Nasreddins Esel wiehert“ auf Seite 38: „Ich muss gestehen: Ich bin Klimaleugner. Ich gebe zwar zu, dass es ein Klima gibt. Ich glaube auch dem Thermometer und kann nicht abstreiten, dass die Durchschnittstemperatur auf dem Planeten steigt. Woran ich aber

³ Der US-amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau entwickelte 1944 den Plan Deutschland in einen Agrarstaat umzuwandeln, so dass das Land keinen Angriffskrieg mehr führen könnte. Der Entwurf wurde abgelehnt. Die nationalsozialistische Propaganda stellte ihn als Plan des Weltjudentums zur Versklavung der Deutschen dar. Bis heute wird die Erzählung in verschiedenen Variationen in Verschwörungserzählungen verwendet.

nicht glaube: dass der Mensch daran schuld ist. Vor 500 Millionen Jahren übertraf der CO₂-Gehalt den heutigen Stand um das 15-Fache. Der Homo sapiens war sicherlich nicht daran schuld, höchstens die Dinos.“

In den Ausgaben von 2022 finden sich deutlich weniger Artikel rund um das Thema sozial- ökologische Transformation. Allerdings finden sich die gleichen rechten und verschwörungsideologischen Narrative rund um den russischen Angriffskrieg wieder. Durch die Sanktionen würde Deutschland deindustrialisiert, die Regierenden würden den „Morgenthau-Plan“ durchsetzen, das „Volk“ würde leiden und im Hintergrund leitende (US-amerikanische) Eliten waren auch im Jahr 2022 gängige Erzählungen in der *Compact*.

(2) Junge Freiheit

Die *Junge Freiheit (JF)* ist das „Flaggschiff“ der sogenannten Neuen Rechten. Die seit vor fast 40 Jahre gegründete Zeitung erscheint mittlerweile wöchentlich. Die *JF* nimmt unter dem Deckmantel des Konservatismus eine Scharnierfunktion zwischen der (extremen) Rechten und dem demokratischen Spektrum ein. Artikel der *JF* entsprechen sehr viel mehr journalistischen Standards als in der *Compact*. Die Artikel sind weniger polemisch und aufmerksamkeitsheischend. Die Meinungsbreite zu Themen sozial-ökologischer Transformation ist breiter. So wird der menschengemachte Klimawandel von einigen Autoren geleugnet, von anderen wiederum anerkannt. Ähnlich wie bei der *Compact* lässt sich beobachten, dass Themen rund ums Klima 2019 einen größeren Raum einnahmen als 2022. Doch auch hier finden sich rund um den russischen Angriffskrieg und das Thema Inflation die gleichen Narrative der Deindustrialisierung und von drohenden Blackouts wieder wie 2019, wenn auch weniger zugespitzt und weniger russlandfreundlich als bei der *Compact*.

Die individuelle Freiheit und marktradikale Positionen werden hier sehr viel stärker hervorgehoben als in Elsässers Blatt. Verschwörungserzählungen finden sich in der *JF* vor allem in Bezug auf die Klimabewegung, aber weniger stark als in der *Compact*. Anti- Windkraft-Positionen werden regelmäßig Raum gegeben. Das liegt vermutlich nicht zuletzt am Autor Volker Kempf, der regelmäßig auf den Seiten „Natur & Technik“ schreibt. Kempf war Mitglied in der Ökologischen Demokratischen Partei (mittlerweile ist er in der AfD), gab in dieser Zeit Interviews für das extrem rechte Umweltmagazin *Umwelt&Aktiv* und ist Vorsitzender der rechts-ökologischen Herbert-Gruhl-Gesellschaft. Er leugnet den menschengemachten Klimawandel nicht, ist Windkraftgegner und fordert eine Bevölkerungskontrollpolitik zugunsten des Umweltschutzes.

Religion und Hysterie

Wie bei der *Compact* wird vor allem in Bezug auf die Klimabewegung ein Religionsvergleich bemüht. Sie wird als Kinderkreuzzug beschrieben, Klimaschutz wird als Zivil- oder Ersatzreligion bezeichnet und Greta Thunberg wird die Rolle einer blinden Seherin zugeschrieben. Parallel dazu wird die Klimabewegung als hysterisch bezeichnet oder mit Organisationen aus dem Realsozialismus verglichen. Der antifeministische Hysterie- Vorwurf findet sich regelmäßig, wenn es um Themen sozial-ökologischer Transformation geht.

Verschwörungserzählungen

Sowohl in den Ausgaben von 2019 sowie 2022 werden Verschwörungserzählungen verbreitet: Eliten würde die bestehende Gesellschaft in ein grün-sozialistisches Modell, in den Ökofaschismus oder in die grün-linke Planwirtschaft überführen. Die Grünen hätten die Medienmacht hinter sich versammelt. Die Klimabewegung würde von Eliten oder einer Lobby oder anderen einflussreichen Mächten mit dunklen Plänen gesteuert. Die *JF* bringt zu letzterem regelmäßig Recherche ihres Journalisten, der verdeckt an Treffen oder Aktionen der Klimabewegung teilnimmt. Damit soll belegt werden, dass die Bewegung von der radikalen Linken unterwandert, gewaltbereit und nicht unabhängig, sondern von Eliten gesteuert oder finanziert ist.

Klimawandelleugnung

Es gibt Artikel und Autoren in der Zeitung, die den menschengemachten Klimawandel anerkennen und Klimawandelleugnung ablehnen. Daneben gibt es aber auch Artikel, die den Klimawandel leugnen. Im Interview mit Michael Limburg, Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE), dem einflussreichsten Klimawandelleugner-Thinktank in Deutschland, am 8. November 2019, sagt dieser unwidersprochen: „Ehrliche Kollegen geben gelegentlich auch öffentlich zu, daß es für die Hypothese vom menschengemachten Klimawandel keinerlei Beweise gibt.“

In weiteren Artikeln finden sich die bekannten Aussagen, dass es schon immer Klimaveränderungen gegeben habe oder dass der menschengemachte Klimawandel nicht wissenschaftlich erwiesen sei. Zudem werden Anzeigen von EIKE geschaltet und die *JF*- TV-Doku „Mythos Klimakatastrophe“ beworben. In vielen Artikel werden Klimaschutzmaßnahmen als Versuch beschworen, Deutschland in eine Ökodiktatur oder ähnliches zu überführen. 2022 findet sich ein Interview mit Klimawandelleugner Fritz Vahrenholt und ein Gastbeitrag von Limburg.

Freiheit

Oft wird in den Artikel über sozial-ökologische Transformation der Begriff der Freiheit bemüht.

Diese sei bedroht und es gelte sie zu verteidigen. So Limburg im Interview am 8. November 2019: „Mit der Behauptung, daß das menschengemachte CO2 eine Klimakatastrophe auslösen könne, eröffnet sich für die Eliten eine wunderbare Möglichkeit, das erfolgreiche bestehende Gesellschaftsmodell über eine „Transformation“ in ein grün-sozialistisches, besser: ökologistisches Modell zu überführen.“

Freiheit wird in den Artikeln allein im libertären Sinne als Freiheit des Einzelnen gegen jegliche staatlichen Maßnahmen angesehen. Klimaschutzmaßnahmen werden demnach als Zwangsmaßnahmen bezeichnet. Der drohenden Deindustrialisierung könne nur mit mehr Markt und weniger Staat begegnet werden.

Anti-Windkraft

Regelmäßig wird der Windkraftausbau kritisiert. Kein Artikel zum Thema bezieht sich positiv darauf. Oft werden Windkraftausbau gegen Natur-, Umwelt-, Wald- oder Artenschutz ausgespielt. So steht am 14. Juni 2019 in der *JF*: „Windräder schreddern Hunderttausende Vögel. Alles unter dem Siegel „klimaneutral“. Der Umwelt- und Naturschutz gerät dagegen ins Hintertreffen. Lobbyisten und Klimafanatiker geben seit

Jahren der Politik den Takt vor. Deutschland wird zum Vorreiter in der Naturzerstörung.“ Ein anderes Argument gegen die Windkraft ist, dass Stromerzeugung der Windräder gar nicht ausreiche, den Bedarf in Deutschland zu decken.

Atomenergie

Oft eng verbunden mit dem Windkraftthema wird der Weiterbetrieb oder auch der Ausbau der Kernenergie thematisiert. Oft wird mit dem Abschalten des letzten Kernkraftwerks die Bedrohung eines Blackouts beschworen. 2022 finden sich eindeutig mehr Artikel, die vor dem Ausstieg aus der Kernenergie warnen, vor allem angesichts der unsicheren Versorgungslage mit Gas infolge des russischen Angriffskriegs. In der Ausgabe vom 2. September 2022 wird das Buch „Atomkraft? Ja, Bitte!“ von Anna Veronika Wendland vorgestellt. Wendland saß bis 2021 im Vorstand von dem kleinen Atom- Lobbyverband Nuklearia. Der Klimawandelleugner Fritz Vahrenholt warnt im Interview am 4. November 2022 vor der Deindustrialisierung Deutschlands und wirbt für Kernenergie.

(3) Die Welt

Die Tageszeitung gehört zum Axel-Springer-Verlag, wird dem bürgerlich-konservativen Spektrum zugerechnet und gilt als markoliberal eingestellt. Laut einer [Studie](#) von 2017 soll die *Welt* sich überaus

oft klimaskeptisch äußern. Während der Corona-Pandemie stand das Blatt in der Kritik, Falschaussagen zur Pandemie unkritisch zu übernehmen. So schreibt das [Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena \(IDZ\)](#), dass rechtskonservative und wirtschaftsliberale Erzählungen über die Klimakrise (und die Pandemie) von Publizist*innen der *Welt* verbreitet wurden.

Diese Narrative oder Begriffshöfe finden sich auch in den hier untersuchten Ausgaben. Im Gegensatz zu *Compact* und *JF* finden sie sich vor allem in Meinungsartikeln, wie Kommentaren oder Leitartikeln oder Gastbeiträgen. Oft steht dabei der Freiheitsbegriff im Vordergrund und Klimaschutzmaßnahmen werden als Verbote dargestellt. In dem Zusammenhang wird oft auf, allerdings selten konkret, Technologien verwiesen, mit denen die Herausforderungen der Klimakrise gemeistert würden.

2022 gibt es deutlich weniger Artikel zum Themenkomplex sozial-ökologische Transformation. Eine thematische Veränderung ist dabei nicht zu erkennen.

Aus Zeitgründen wurde wochenweise nur eine Ausgabe untersucht bzw. Ausgaben, auf die durch Leserbriefe hingewiesen wurde, dass sie Artikel zur sozial-ökologischen Transformation enthält.

Freiheit

Der liberale und marktradikale Freiheitsbegriff ist zentral für viele Beiträge in der *Welt*, die sich mit sozial-ökologischer Transformation beschäftigen. Oft der Begriff als Abwehr von staatlichen Klimaschutzmaßnahmen verwendet, die als planwirtschaftliche Eingriffe dargestellt werden. Marktradikale Instrumente werden als „rational“ oder „vernünftig“ bezeichnet, staatliche Maßnahmen als „ideologiegetrieben“. In einem Kommentar vom 31. Juli 2019 wird die Gefahr eines Ökosozialismus durch die Hintertür beschworen, der mit der aktuellen Energiepolitik drohe. Häufig wird das Bild eines Kommunismus oder einer Diktatur gezeichnet, die hinter Klimaschutzmaßnahmen oder staatlicher Ordnungspolitik im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation lauern. Dem wird der freie Markt gegenübergestellt, der allein in der Lage sei, den Herausforderungen der Klimakrise adäquat zu begegnen.

Beispielsweise wird in einem Kommentar vom 20. Mai 2022 das 9-Euro-Ticket als Hindernis für die Verkehrswende betrachtet, da es private Innovationen im Verkehrssektor, wie etwa Fahrrad-, Roller- oder Taxianbieter, gefährde.

In einem Gastbeitrag mahnte der ehemalige Verkehrsminister Andreas Scheuer, dass die Freiheit nicht gegen den Klimaschutz ausgespielt werden dürfe. Ein Verbrennerverbot sei daher der falsche Weg. Chefredakteur Ulf Poschardt stellt am 26. September 2019 den Verzicht als Freiheitsgeste und bürgerliche Klimapolitik den „Verbotsforderungen“ und „Umerziehungsfantasien“ der Klimaaktivist*innen entgegen.

Atomenergie

Die innovativen Technologien, die der freie Markt im Kampf gegen die Klimakrise hervorbringen soll, werden selten konkretisiert. Allein die Kernenergie und speziell der Dual-Fluid-Reaktor (der keinen Atom Müll erzeugen soll) werden explizit als Mittel gegen steigende Treibhausgasemissionen genannt. Verschwiegen wird allerdings, dass es noch keinen Prototyp des Dual-Fluid-Reaktors gibt, geschweige denn, er bereits einsatzfähig wäre. Im Gastbeitrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) vom 3. August 2019 betont die Lobbyorganisation der Arbeitgeberverbände die Relevanz der Kernenergie für den Klimaschutz. Die bisherige Energiepolitik habe das Land klimapolitisch ins Hintertreffen gebracht, riskiere Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Susanne Götze und Annika Joeres bezeichnen in „Die Klimaschutzlobby“ die INSM als mächtigste Organisation der Klimaschutzbremsen in Deutschland.

Religion

Insbesondere in Beiträgen aus dem Jahr 2019 wird die Klimabewegung als Teil einer Religion diskreditiert. In mehreren Kommentaren vergleicht Henry M. Broder die Klimabewegung mit religiösen Bewegungen mit neuen Geboten und Verboten, aber auch mit Jugendorganisationen der DDR. Anlässlich der Proteste bei der Automesse IAA wird am 19. September 2019 die Klimabewegung als neue Form der Religion bezeichnet, dessen Antichrist das Auto sei. Anlässlich von Durchsuchungen bei Mitgliedern der Letzten Generation werden sie in einem Kommentar vom 14. Dezember 2022 als Teil einer neuen Endzeitbewegung und letztendlich als Antidemokraten bezeichnet. Im Zuge der Religionszuschreibung in einem Beitrag am 26. September 2019 wird Greta Thunberg als „kindliche Klimakaiserin“ bezeichnet. Dieter Nuhr bezeichnet sie in einem Gastbeitrag vom 12. Oktober 2019 als messianische Weltenretterin, die die Apokalypse predigt und schrill hyperventiliert und deren Jünger sie nicht hinterfragen.

Klimawandelleugnung

In den untersuchten Ausgaben wird der menschengemachte Klimawandel nicht in Frage gestellt. In einem Beitrag vom 14. August 2019, der der Frage nachgeht, ob Greta Thunberg den Nobelpreis bekommen sollte, lässt die *Welt* auch Klimawandelleugner wie Fritz Vahrenholt oder Bjørn Lomborg („dänischer Klimaexperte“) ohne Einordnung zu Wort kommen.

Bevölkerungskontrollpolitik

In einem Gastkommentar vom 14. Mai 2019 macht FDP-Politiker Wolfgang Kubicki den Kampf gegen die angebliche Überbevölkerung als wichtiges Instrument gegen den Klimawandel aus. Ein weiterer Kommentar vom 24. Juli 2019 macht den Bevölkerungszuwachs „in Afrika“ als Haupttreiber des Klimawandels aus. Etablierte Parteien scheuten sich aus „falscher postkolonialer Scham“ das Thema Geburtenkontrolle in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik zu stellen

(4) Der Stern

Im wöchentlich erscheinenden bildstarken Reportermagazin finden sich keine rechten Begriffshöfe rund um den Komplex sozial-ökologische Transformation in den Jahren 2019 und 2022. Einzig der Titel am 10.11.2022 „Protest oder Terror“ ist problematisch, da er Aktionen der Letzten Generation zumindest rhetorisch mit Terror gleichsetzt. Die Beiträge des Themenschwerpunkts sind jedoch ausgewogen, der Autor eines Beitrags sympathisiert erkennbar mit der LG. Neben Kolumnen von Harald Welzer oder Luisa Neubauer, also von Befürworter*innen einer sozial-ökologischen Transformation, finden sich dort auch Texte, die Verbote und Ordnungspolitik für den Klimaschutz fordern.

(5) Zusammenfassung

Die vorliegende Analyse zeigt eindrücklich, wie sich rechtsideologische Narrative in nicht- rechten Medien wiederfinden und welche Diskursverschiebungen in der Berichterstattung über sozial-ökologische Transformation festzustellen sind.

Untersucht wurde, wie rechte und bürgerlich-konservative Medien über die sozial-ökologische Transformation berichten. Grundlage war eine Untersuchung des Compact-Magazins, der Jungen Freiheit (JF), der Welt in den Jahren 2019 und 2022. Ziel war es, wiederkehrende Narrative und die damit verbundenen rhetorischen und emotionalen Bilder zu identifizieren. Zum Vergleich wurde auch die Berichterstattung im links-liberalen Stern im gleichen Zeitraum untersucht.

Das Compact-Magazin wird seit 2010 von Jürgen Elsässer herausgegeben und verbreitet regelmäßig verschwörungstheoretische, antisemitische und rassistische Inhalte. 2021 stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz das Magazin als „gesichert rechtsextrem“ ein.

Die Junge Freiheit ist das „Flaggschiff“ der sogenannten Neuen Rechten. Die seit vor fast 40 Jahre gegründete Zeitung erscheint mittlerweile wöchentlich. Die JF nimmt unter dem Deckmantel des Konservatismus eine Scharnierfunktion zwischen der (extremen) Rechten und dem demokratischen Spektrum ein.

Die Tageszeitung Welt gehört zum Axel-Springer-Verlag, wird dem bürgerlich-konservativen Spektrum zugerechnet und gilt als marktliberal eingestellt. Laut einer Studie von 2017 soll die Welt sich überaus oft klimaskeptisch äußern. Während der Corona-Pandemie stand das Blatt in der Kritik, Falschaussagen zur Pandemie unkritisch zu übernehmen. So schreibt das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena (IDZ), dass rechtskonservative und wirtschaftsliberale Erzählungen über die Klimakrise (und die Pandemie) von Publizist*innen der Welt verbreitet wurden.

Im wöchentlich erscheinenden bildstarken Reportermagazin Stern finden sich keine rechten Begriffshöfe rund um den Komplex sozial-ökologische Transformation in den Jahren 2019 und 2022. Einzig der Titel am 10.11.2022 „Protest oder Terror“ ist problematisch, da er Aktionen der Letzten Generation (LG) zumindest rhetorisch mit Terror gleichsetzt. Die Beiträge des Themenschwerpunkts sind jedoch ausgewogen, der Autor eines Beitrags sympathisiert erkennbar mit der LG. Neben Kolumnen von Harald Welzer oder Luisa Neubauer, also von Befürworter*innen einer sozial-ökologischen Transformation, finden sich dort auch Texte, die Verbote und Ordnungspolitik für den Klimaschutz fordern.

Ein zentrales Narrativ rechter und bürgerlich-konservativer Medien ist die Bedrohung der Freiheit. Klimaschutzmaßnahmen werden als Eingriffe in die individuelle Freiheit dargestellt, als Zwangsmaßnahmen und planwirtschaftliche Eingriffe, die die persönliche Autonomie einschränken. So wird beispielsweise vor Eliten gewarnt, die die Gesellschaft in ein "grün-sozialistisches Modell" überführen wollen. In diesem Zusammenhang wird Freiheit oft im libertären Sinne als Freiheit des Einzelnen gegen jegliche staatliche Maßnahmen verstanden.

Ein weiteres prominentes Narrativ ist der wirtschaftliche Niedergang. Es wird die Behauptung aufgestellt, dass Klimaschutzmaßnahmen der deutschen Wirtschaft schaden und zur Deindustrialisierung führen würden. Dieses Narrativ wurde besonders im Kontext des russischen Angriffskrieges und der steigenden Inflation verstärkt. Die Verschwörungserzählung vom Morgenthau-Plan⁴ oder Narrative, die eng daran anlehnen werden von Welt, JF und Compact wiedergegeben.

Verschwörungserzählungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Klimabewegung wird oft als von mächtigen Eliten gesteuert oder von NGOs dirigiert dargestellt. Klimaschutzmaßnahmen

⁴ Der US-amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau entwickelte 1944 den Plan Deutschland in einen Agrarstaat umzuwandeln, so dass das Land keinen Angriffskrieg mehr führen könnte. Der Entwurf wurde abgelehnt. Die nationalsozialistische Propaganda stellte ihn als Plan des Weltjudentums zur Versklavung der Deutschen dar. Bis heute wird die Erzählung in verschiedenen Variationen in Verschwörungserzählungen verwendet.

werden als Vorwand für eine "Ökodiktatur" oder zur Durchsetzung anderer, nicht genannter Interessen betrachtet. Die Grünen hätten die Medienmacht hinter sich versammelt und von der Partei abweichende Meinungen werden als etwas Subversives, als etwas, „dass man nicht mehr sagen dürfe“ betrachtet.

Zudem findet eine Diskreditierung der Klimawissenschaft statt. Der menschengemachte Klimawandel wird geleugnet oder relativiert, und es werden Zweifel an den wissenschaftlichen Erkenntnissen gesät. Während rechte Medien den Klimawandel leugnen, werden in der Welt Klimaschutzmaßnahmen regelmäßig kritisiert oder als „irrational“ bezeichnet. In Welt, Compact und JF kommen bekannte Klimawandelleugner zu Wort.

Die Klimabewegung wird häufig als eine Art Ersatzreligion oder Kinderkreuzzug dargestellt, wobei Greta Thunberg als "heiliges Kind" karikiert wird. Die Klimabewegung wird mit Jugendorganisationen der DDR oder mit den Roten Khmer verglichen, um sie als antidemokratisch darzustellen. Zudem wird der Klimadiskurs als "Klimahysterie" abgetan, um ihn als überzogen, irrational und realitätsfremd darzustellen.

Neben diesen übergreifenden Narrativen findet sich insbesondere in der Jungen Freiheit eine regelmäßige Kritik am Windkraftausbau, die oft gegen Natur-, Wald- oder Artenschutz ausgespielt wird. So steht beispielsweise am 14. Juni 2019 in der JF: „Windräder schreddern Hunderttausende Vögel. Alles unter dem Siegel „klimaneutral“. Der Umwelt- und Naturschutz gerät dagegen ins Hintertreffen. Lobbyisten und Klimafanatiker geben seit Jahren der Politik den Takt vor. Deutschland wird zum Vorreiter in der Naturzerstörung.“

Auch in der Welt, die dem bürgerlich-konservativen Spektrum zugerechnet wird, finden sich ähnliche Narrative, wenn auch weniger extrem. Hier wird vor allem der Freiheitsbegriff betont und staatliche Klimaschutzmaßnahmen als planwirtschaftliche Eingriffe kritisiert. Dem wird der freie Markt gegenübergestellt, der allein in der Lage sei, den Herausforderungen der Klimakrise adäquat zu begegnen.

Rechte Medien, aber auch die konservativ-liberale Welt nutzen also gezielt Narrative, Bilder und Rhetorik, um Angst und Misstrauen gegenüber der sozial-ökologischen Transformation zu schüren. Sie stellen Klimaschutz als Bedrohung für Freiheit, Wohlstand und nationale Identität dar. Der Stern hingegen verfolgt eine Haltung, die die sozial-ökologische Transformation stärker unterstützt.

Die Untersuchung verdeutlicht, dass rechte Narrative, insbesondere in Form von Begriffshöfen wie „Hysterie“ oder dem Vorwurf einer „Ökodiktatur“, auch im nicht-rechten Spektrum Anklang finden können, wenn auch abgeschwächt und eingebettet in marktradikale Diskurse über Freiheit

und staatliche Eingriffe. Damit stellt das Projekt heraus, wie wichtig es ist, diese Narrative zu erkennen und zu analysieren, um eine differenzierte Öffentlichkeit zu schaffen, die sich den Herausforderungen der sozial- ökologischen Transformation auf fundierte Weise stellt.

(II) Umfrage: Themen und Forderungen der Umweltverbände zur Klima- und Biodiversitätspolitik – Kontroversen und Polarisierungspotenziale (Jakob Wondra, Christine Katz)

(1) Einleitung

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse der qualitativen Online-Umfrage "Zuversichtserzählungen im Kontext von umweltpolitischer Verbandsarbeit" zusammen, an der Vertreter*innen und Expert*innen von 10 deutschen Umweltverbänden teilgenommen haben. Es wird beleuchtet, welche klima- und umweltpolitischen Botschaften und Forderungen aus Sicht der Verbände ein erhöhtes gesellschaftliches Polarisierungspotenzial besitzen. Der Bericht analysiert, welche Themen nach Aussagen der Verbandsvertreter*innen von rechtspopulistischen Akteuren genutzt werden, um Spaltung zu fördern, und identifiziert Botschaften, die ihres Erachtens weniger konflikträchtig sind. Abschließend werden die in den Verbänden vorhandenen Erfahrungen mit Zuversichtserzählungen reflektiert. Der Bericht liefert Erkenntnisse über die Art der Argumentation von klima- und biodiversitätspolitischen Themen und Forderungen aus der Perspektive der Umweltverbände. Die Diskussion macht deutlich, welche Botschaften darüber mittransportiert werden und wie diese interpretiert werden können. Im Zuge dessen wird aufgezeigt, welche Argumentationen eher vermieden werden sollten und welche Inhalte besonders schwierig sind und was bei der Vermittlung beachtet werden sollte.

(2) Ergebnisse

2.1 Klima- und biodiversitätspolitische Botschaften mit hohem Polarisierungspotenzial

Die Aussagen der Verbandsvertreter*innen vermitteln das Bild, dass eine Polarisierung momentan bei den meisten klimapolitischen Themen vorhanden ist. Teilweise wird dies auch explizit so beschrieben. Ein zentrales Merkmal polarisierender Botschaften ist ihre emotionale Aufladung. Ein Verbandsvertreter beschreibt, dass auf der einen Seite die Angst vor den Folgen der Biodiversitäts- und Klimakrise dominiert und auf der anderen Seite die Angst vor den Auswirkungen der notwendigen Maßnahmen im Fokus steht.

Mehrere Verbandsvertreter*innen beschreiben, dass Menschen insbesondere Wohlstandsverlust,

Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit und Verzicht, sowie steigende Kosten fürchten. Laut einem Verband gibt es keine Mehrheit, die zu Komforteinbußen bereit ist. Mehrere Befragte stützen diese These. Sie erklären, dass Forderungen, die den eigenen Lebensstandard beeinflussen, besonders polarisierend sind: Beispielsweise, wenn der Klima- und Biodiversitätsschutz in Lieferketten zu Preissteigerung und damit zu Einschränkungen des eigenen Konsumverhaltens führt. Nach der gleichen Logik lösen Forderungen nach verstärktem Ordnungsrecht, Abschaffung von Subventionierungen oder Erhöhung von Abgaben, bei denen verschiedene Akteursgruppen sich unmittelbar betroffen fühlen, starke Abwehrreaktionen aus. Die Nähe der geforderten politischen Maßnahmen zum Biodiversitätsschutz und Klimaschutz zum Alltag der Menschen erhöht das Polarisierungspotenzial zusätzlich, schreiben zwei der Befragten. Veränderungen in den Bereichen Heizung und Mobilität greifen direkt in das individuelle Verhalten der Menschen ein, was zu Abwehrhaltungen führt. Die Argumentation lautet: Je persönlicher die Einschränkungen empfunden werden, desto größer ist der Widerstand.

Außerdem erwähnt ein befragter Verbandsvertreter, dass alle Themen, bei denen es klare Zielkonflikte gibt, besonders für Polarisierung anfällig sind. Beispielsweise die naturverträgliche Energiewende, bei der prominent Naturschutz gegen Klimaschutz ausgespielt wird.

Diese Spannungen werden laut mehreren Verbandsvertreter*innen durch fehlerhaftes Handeln der Regierung und falsche oder stark vereinfachte Darstellungen in den Medien sowie gezielte Desinformation weiter verstärkt. Ein Beispiel, das eingebracht wird, ist etwa die stark von Ängsten getriebene mediale Debatte um das Heizungsgesetz („Heizungshammer“), welche maßgeblich zur gesellschaftlichen Verunsicherung beigetragen hat. Die Komplexität der Themen überfordert viele Menschen, was populistischen Akteuren ermöglicht, einfache Erklärungen und vermeintliche Lösungen anzubieten.

Im Bereich der Klimapolitik zeigt sich ein hohes Polarisierungspotenzial laut eines Verbandsvertreters insbesondere bei der Forderung nach globaler Klimagerechtigkeit. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung, dass der Globale Norden als Hauptverursacher der Klimakrise die größte Verantwortung trägt, während der Globale Süden am stärksten von den Folgen betroffen ist, ist polarisierend, da viele Menschen nicht für Klimawandelanpassung und Mitigation im globalen Süden finanziell aufkommen wollen. Eine „Germany First“ Logik ist verbreitet, in der die unmittelbaren Herausforderungen im persönlichen und nationalen Umfeld priorisiert und komplexere Zusammenhänge ignoriert werden. Hier wird der Zusammenhang von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus benannt und die damit verbundene Forderung, postkoloniale Machtstrukturen abzubauen. So führt bspw. die Beteiligung und intersektionale

Berücksichtigung von weniger Privilegierten, besonders Betroffenen, marginalisierten und diskriminierten gesellschaftlichen Gruppen in der Entwicklung klimagerechter Konzepte zur Polarisierung.

Daran anknüpfend ist die Klimakrise als Fluchtursache sowie die Gewährleistung von Schutz für Klima-Geflüchtete ebenfalls ein emotional aufgeladenes Thema. Die Verknüpfung von Klimaschutz und migrationspolitischen Forderungen löst starke Kontroversen aus und wird oft instrumentalisiert, um Ängste vor Migration zu schüren oder Klimafolgen zu delegitimieren. Diese intersektionalen Themen werden vor allen Dingen von jungen, internationalen und auf Umweltgerechtigkeit fokussierten Verbänden als polarisierend eingebracht.

Ein weiteres polarisierendes Thema für einige Umweltverbandsvertreter*innen ist die Verknüpfung von Klimaschutz mit einer grundsätzlichen Kritik an der Wachstumsorientierung der kapitalistischen Gesellschaft. So werden laut eines Verbands Verteilungskämpfe von Menschen in Machtpositionen geführt, die gezielt versuchen, soziale Gruppen zu spalten.

In der Verkehrspolitik polarisieren Forderungen der Verbände nach einer Mobilitätswende hin zu weniger Autos und mehr öffentlichem Verkehr, insbesondere durch Maßnahmen wie die Abschaffung der Dieselsteuerreduktion oder die Förderung alternativer Verkehrsmittel wie Lastenräder. Die Symbolik von SUVs als „Statussymbol“ versus Lastenfahrrädern als „grünes Statement“ spiegelt den gesellschaftlichen Graben zwischen verschiedenen Lagern wider.

Im Bereich der Landwirtschaft stoßen Forderungen einiger Verbände nach einer Agrarwende, mehr Ökolandbau ohne Pestizide und Gentechnik sowie höhere Standards für Tierhaltung auf starken Widerstand seitens der Agrarlobby. Artenschutzthemen wie der Umgang mit dem Wolf sind ebenfalls konfliktbehaftet, da sie die Interessen von Naturschützer*innen und Landwirt*innen gegeneinander ausspielen.

Schließlich erwähnen mehrere Verbandsvertreter*innen den Ressourcenschutz, welcher durch die Forderung nach drastischer Reduktion des Ressourcenverbrauchs, insbesondere fossiler und metallischer Rohstoffe, weiteres Polarisierungspotenzial birgt. Ein Ressourcenschutzgesetz wird schnell als wirtschaftsfeindlich oder überzogen dargestellt, obwohl mildere Konzepte wie eine Kreislaufwirtschaftsstrategie tendenziell weniger polarisierend sind.

2.2 Themen, die von rechtspopulistischen Akteuren instrumentalisiert werden

Rechtspopulistische Akteure nutzen vor allem solche Themen, die Zielkonflikte und emotionale Spannungen beinhalten. Die genannten Beispiele zeigen, dass populistische Bewegungen leicht an Debatten anknüpfen können, bei denen wirtschaftliche Interessen gegen Klima- und

Umweltschutz ausgespielt werden, etwa beim Kohleausstieg oder bei Windkraftprojekten im Spannungsfeld mit dem Artenschutz. Einige Verbände erwähnen, dass Klimaschutz als linke Ideologie gegen Naturschutz als konservatives Vorhaben ausgespielt wird. So werden beim Naturschutz laut eines Verbands auch Landbevölkerung gegen Städter*innen aufgebracht. Damit wird Klimaschutz als "Kulturkampf" gerahmt und somit extrem emotional überzeichnet.

Forderungen wie Fleischverzicht, Heizungsmodernisierung oder Mobilitätswende bieten eine ideale Grundlage, um Ängste vor Freiheitsverlust und Wohlstandsabbau zu schüren. Narrative wie „Bioessen ist nur etwas für reiche Ökos“ oder „die Grünen wollen uns das Auto wegnehmen“ zielen darauf ab, Spaltungen zu vertiefen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure mischen Erzählungen von Regierungsversagen und Anti-Eliten-Rhetorik mit Angst vor Bevormundung durch Verbote und Gesetze, um Klima- und Biodiversitätsschutz zu delegitimieren.

Darüber hinaus werden komplexe klimapolitische Maßnahmen oft auf vermeintlich negative Auswirkungen reduziert, etwa auf Kostensteigerungen oder Arbeitsplatzverlust. Aussagen wie „Deutschland zerstört seine Wirtschaft, während andere Länder weiter auf Kohle und Atomkraft setzen“ oder „Klimaschutz steht im Widerspruch zu Freiheitsrechten“ finden in diesen Kreisen breite Resonanz.

Außerdem wird die Hilflosigkeit in Anbetracht der globalen Krise und das Gefühl fehlender Handlungsmacht genutzt, um einen "bequemen" Ausweg zu nehmen: "Gegen die Klimaveränderung kann man nichts mehr machen; wer das nicht versteht, leugnet die Realität." Damit wird der Transformationsdruck kurzfristig genommen und ein vermeintlich einfacherer Weg vorgeschlagen, der nicht existiert.

Eine klare Abgrenzung gegen rechtspopulistische und rechtsextremistische Akteure führt bei einem Verband ebenfalls zu Polarisierung.

2.3 Themen mit geringerer Konfliktträchtigkeit

Einige Verbände betonen, dass bestimmte Botschaften und Forderungen weniger gesellschaftliche Konflikte auslösen, insbesondere wenn sie positiv kommuniziert und als Chance dargestellt werden. Der Ausbau der Solarenergie oder die Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieimporten finden breite Akzeptanz, da sie als Maßnahmen zur Förderung von Unabhängigkeit und Sicherheit wahrgenommen werden und eine individuelle Teilhabe an der Energiewende ist. Auch natürlicher Klimaschutz, Hochwasserschutz und Klimaanpassung stoßen auf große Zustimmung, da sie klare Vorteile für die Lebensqualität der Menschen bieten, ohne direkt als Einschränkung empfunden zu werden. Ebenso wird klassische Tierschutzarbeit oder Waldschutz genannt, da hiermit keine Angst vor gesellschaftlichem Wandel geschürt werden

kann.

Manche Verbände haben die Erfahrung gemacht, dass Themen wie Kreislaufwirtschaft und der Kampf gegen Lebensmittelverschwendung ebenfalls positive Anknüpfungspunkte bieten, da sie Werte wie Langlebigkeit, Ressourcenschonung und soziale Verantwortung betonen und keine Angst vor persönlichen Nachteilen schüren. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die sowohl den Naturschutz als auch die wirtschaftliche Sicherheit von Landwirtschaft fördert, kann als vermittelnde Lösung positioniert werden. Wenn es einen positiven Nutzen für einen Großteil der Bevölkerung gibt, wie bspw. beim Ausbau des ÖPNV, der Schaffung von mehr Grünfläche in der Stadt, oder dem Klimageld, dann steigt die Zustimmung, laut vielen Verbänden, stark an.

Im Hinblick auf die Vereinnahmung von Rechts ist es interessant, dass ein Verband das Narrativ von Landschafts und Heimatschutz als Grund für eine weniger konfliktrträgliche Debatte erwähnt. Entscheidend ist jedoch die Art der Kommunikation, da sich emotionale Konflikte nicht alleine auf der Sachebene lösen lassen, so ein Umweltschutzverband. Forderungen, die anthropozentrisch argumentieren, etwa durch den Fokus auf konkrete Vorteile wie geringere Energiekosten oder höhere Lebensqualität, lösen weniger Widerstand aus. Die Vermittlung eines positiven Zukunftsbildes, das mit klaren, pragmatischen Schritten unterlegt ist, kann Ängste abbauen und Akzeptanz fördern. Ein Verband betont, dass der Mehrwert für den Alltag der Menschen erkennbar sein muss und Lebensqualität sowie Zukunftssicherung im Fokus stehen sollten. Es besteht große Einigkeit darin, dass Maßnahmen, die weniger persönliche Einschränkungen zur Folge haben, weniger konfliktrträge sind.

2.4 Erfahrungen mit Zuversichtserzählungen

Die Verbände haben bislang wenig Erfahrungen mit dem Entwerfen und Verbreiten von Zuversicht-Erzählungen gesammelt. Einige Beispiele werden aber genannt: die Erfolgsgeschichte der Solardächer oder das Deutschlandticket zeigen, wie Transformationsprozesse als Erfolg dargestellt werden können. Auch Themen wie lebenswerte Städte, die Stärkung des ländlichen Raums oder natürlicher Hochwasserschutz eignen sich für eine positive Rahmung.

Eine zentrale Herausforderung bleibt jedoch, dass positive Narrative oft als utopisch oder unrealistisch wahrgenommen werden. Ein Verband betont, dass, um Zuversicht zu erzeugen, konkrete Fahrpläne notwendig sind, die Veränderungen als machbar und umsetzbar erscheinen lassen. Zudem müssen relevante Akteure als glaubwürdige Botschafter gewonnen werden, um Vertrauen in die vorgeschlagenen Maßnahmen zu stärken.

(3) Zusammenführende Diskussion

Aus den Aussagen der befragten Umweltverbandsvertreter*innen zu klima- und biodiversitätspolitischen Themen und Forderungen ihrer Verbände mit Polarisierungspotenzial lassen sich erste Erkenntnisse über versteckte Botschaften finden, die darüber mittransportiert werden.

3.1 Kommunikation mit und über Kritik

Die von den Umweltverbandsvertreter*innen eingebrachten Argumente für eine Klima- und Biodiversitätspolitik sind durchsetzt oder umrahmt von Kritik.

- An Maßnahmen und Politik: Die traditionellen und bisherigen Wege sind falsch, zu kurz gedacht, es wurden handwerkliche Fehler gemacht.
- An den Medien: diese stellen die Komplexität verkürzt oder falsch dar
- An der Wirtschaftsorientierung: Kapitalismus und Wachstumsfixierung behindern die Lösungsfindung
- An der Lebensweise: wir konsumieren falsch.
- An der Einstellung der Bürger*innen: Es gibt ein Unvermögen, Veränderungen des Lebensstandards zu akzeptieren und mitzugestalten.

Diese Kommunikation über Kritik kann als überheblich empfunden werden. Denn sie trifft „die Anderen“, nämlich alle diejenigen, die dysfunktionale Systeme, Politiken und Prinzipien in Bezug auf Klima- und Biodiversitätsschutz unterstützen, nutzen oder instrumentalisieren, und auch diejenigen, die sich der Verantwortung verweigern oder sich der Entwicklung eines nachhaltigen Lebensstils entziehen. Das sind genau genommen sehr viele.

Damit wird subtil ein WIR (die Umweltbewegten) gegen DIE konstruiert: WIR wissen, was zu tun ist und wie es geht, WIR übernehmen Verantwortung und verändern unser Leben längst. Die anderen sind die Verweigerer, die Beharrer, die Veränderungsresistenten.

Es müsste evt. klarer gemacht werden: Ohne Kritik geht es nicht, aber Kritik allein als Mittel der Kommunikation und um zu aktivieren, hilft nicht.

3.2 Appell an Moral und Ethik in Zusammenhang mit Schuldzuweisung

Die argumentative Betonung des Zusammenhangs von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus durch die Befragten impliziert, dass unser Staat/ unsere Gesellschaft und damit jede*r Einzelne heute eine Mitverantwortung trägt und daher verpflichtet ist, sich für globale Gerechtigkeit einzusetzen - aus moralischen Gründen und in Anerkennung einer alten und bis heute wirksamen

Schuld. Unsere schuldhafte Verstrickung in die Klimakrise als Fluchtursache müsste entsprechend eigtl. zur Verpflichtung führen, Verantwortung für die Gewährleistung von Schutz(maßnahmen) zu übernehmen - so eine weitere Botschaft, die der Argumentation zugrunde liegt. Weil wir durch unseren Lebensstil und „falschen Konsum“ die Klimakrise verursacht haben, sind wir eben nicht nur als Gesellschaft, sondern auch als Individuen „schuld“; dementsprechend liegt es vor allem an uns persönlich, dies zu ändern; weil/so lange wir unseren Lebensstil nicht ändern wollen, wird alles noch schlimmer werden. Wir werden für unser Fehlverhalten „bestraft“.

3.3 Kommunikation mit Angst

Der Verweis auf reale und drohende Folgen und Verluste, die einen selbst, die eigenen Nachkommen oder andere Lebewesen direkt betreffen werden, und die damit verbundenen Unsicherheiten begünstigt eine Kommunikation, die Unbehagen und Ängste erzeugt oder aktiv nutzt. Verschränkt mit einer zusätzlich kommunizierten Bedrohungsdimension durch unzureichendes Engagement für den Klima- und Biodiversitätsschutz (z.B. ein „Weiter so“) erfährt die Angstargumentation darüber hinaus eine zusätzliche Moralisierung und unangenehme Verstärkung. Diese Form der Kommunikation trägt zumindest dazu bei, sich schlecht und moralisch unter Druck gesetzt zu fühlen.

Als besonders Angst erzeugend, polarisierend und Widerstand hervorrufend beschreiben die befragten Verbandsvertreter*innen Forderungen, die das individuelle Verhalten beeinflussen oder/und unmittelbar an den eigenen Alltag andocken. Interessanterweise ist der Alltag aber gleichzeitig der Bereich, in dem jede*r etwas verändern kann, in dem Selbstwirksamkeit erlebt werden kann. Generell gilt, dass der Bezug zur Alltagswelt dabei hilft, komplexe Zusammenhänge zu veranschaulichen und Abstraktes konkret zu machen. Hier sehen wir die Chance, mit anderen Botschaften andere Wirkungen zu erzielen. Die Alltagsperspektive sollte nicht daher unseres Erachtens nicht als Bedrohung, sondern als machtvoller Handlungsraum kommuniziert werden. Rechtspopulistische/rechtsextreme Argumentationen setzen in ihrer Kommunikation gezielt das Spiel mit Angst und Schuldzuweisungen ein (s. die Recherche von FARN). Rechte Argumentation bedeutet:

- Gezielt Angst einzusetzen bzw. Angst zu erzeugen,
- Gegner/ Feinde zu benennen und zu verdammen,
- Die eigene (nationale) Herkunft, das eigene Staatsgebiet, die eigene völkische Zugehörigkeit als besser, höherwertiger einzuschätzen, als die anderer und diese anderen auch offensiv mit der gesamten schrecklichen Lage ursächlich in Verbindung zu bringen,

- Verschwörungstheoretisch irgendwelche Eliten zu konstruieren, denen Weltherrschaftsansprüche unterstellt werden und alles, was an gesellschaftlichen Qualitäten/ Standards als gesicherte Codes, an Wissen gilt und als zugehörigen renommierte Institution anerkannt wird, in Frage zu stellen oder unlauteren Eigennutz zu unterstellen, schlecht und unglaubwürdig zu machen,
- Auf die Wiederherstellung alter reaktionärer und naturgegebener Ordnungs-, Gesellschafts-, Familienvorstellungen zu pochen, sich auf das Wiedererlangen einer alten Stärke zu berufen.

Rechtsextreme/ -populistische Argumentationen knüpfen also an umweltpolitische Debatten an, indem sie Zielkonflikte und inhaltliche Spannungen zu bestimmten Themen gegeneinander ausspielen, Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen zu Feinden stilisieren und deren Engagement für die jeweiligen Anliegen als „Kampf ums Ganze“ maßlos überzeichnen. Aber auch die Überhöhung und reaktionäre bis ideologisch-völkische Vereinnahmung von ursprünglich positiv besetzten Attributen wie Stärke, Freiheit, Sicherheit, Ursprünglichkeit und Natürlichkeit dient der Polarisierung, der Ausgrenzung des Anderen/der Anderen, der Überordnung und der Dominanzkonstruktion. Das rechte Narrativ der vermeintlichen Sicherheit wird in der verklärten Vergangenheit verortet, während Narrative der sozial-ökologischen Transformation in der ungewissen Zukunft liegen.

Auch die Umweltbewegung argumentiert oft mit Angst, mit Moral (Gerechtigkeit) und dem Wissen, um die Lösung. Zudem wird mit einer Kritik an der herrschenden Politik, an Maßnahmen und dem individuellen Unvermögen bzw. geringen Veränderungsbereitschaft der einzelnen Gesellschaftsmitglieder argumentiert. Zugleich wird der Eindruck erzeugt, dass sie wüsste, wo es langzugehen hätte, was zu tun sei.

Wenn Themen mit offensichtlichen Zielkonflikten besonders polarisierungsanfällig und damit interessant für rechtspopulistische Botschaften sind, sollten diese unseres Erachtens genauer betrachtet und besonders sorgfältig nach vermittelbaren Botschaften gesucht werden. Bei der Suche nach attraktiven Zuversichtsnarrativen für die Klima- und Biodiversitätspolitik ist genau zu prüfen, ob sie nicht neue Einfallstore für eine solche Vereinnahmung von rechts schaffen. Eventuell könnte es anregend sein, zu prüfen, ob und wie mit den Ängsten, Spaltungen und Gegnerschaftskonstruktionen der Anti-Botschaften der rechten Ideologen so umgegangen werden kann, dass daraus ganz andere Bilder von Zuversicht und Lust auf Mitgestaltung entstehen. Zum Beispiel die Ängste vor Freiheitsverlust und Wohlstandsabbau so angehen, dass Genügsamkeit mit Übersichtlichkeit und neuen Freiheiten verbunden werden kann oder statt

Wohlstandsverlust Wohlfühlgewinne thematisieren.

Auch könnte man negative Kritikaussagen (der Rechtspopulisten oder Rechtskonservativen) nach dem Prinzip der Zukunftswerkstatt versuchsweise komplett umdrehen und die daraus entstehenden neuen Botschaften genauer ansehen. Z.B.:

"Gegen die Klimaveränderung kann man nichts mehr machen; wer das nicht versteht, leugnet die Realität." vs. *„Wir können den Klimawandel stoppen, weil wir das tun, was dagegen hilft"*

„Deutschland zerstört seine Wirtschaft, während andere Länder weiter auf Kohle und Atomkraft setzen" vs. *"Deutschland sichert seine wirtschaftliche Zukunft und ist zukunftsweisend für andere Länder"*

„Klimaschutz steht im Widerspruch zu Freiheitsrechten" vs. *"Klimaschutz sichert unsere Freiheit, jetzt und in Zukunft"*

3.4 Positive Kommunikation

Wichtig zur Schaffung von Zuversichtsnarrativen sind die Maßnahmen und Botschaften, die nach Ansicht der Befragten positive Bilder und Reaktionen erzeugen:

- Maßnahmen, die als Förderung von Unabhängigkeit und Sicherheit wahrgenommen werden (z.B. Solarenergie, Reduktion der Abhängigkeit von Energieimporten)
- Stärkung von Teilhabe, bei der ein unmittelbarer Nutzen erlebbar wird (Genossenschaften)
- Wenn klare Vorteile für die Lebensqualität geboten werden, ohne dabei persönliche Einschränkungen zu empfinden (Hochwasserschutz, natürlicher KS/ z.B. Moorschutz)
- Landschaftsschutz, Erhalt und Heimat (z.B. Naturschutzgebiete)
- Wenn Themen Werte wie Langlebigkeit, Ressourcenschonung und soziale Verantwortung betonen und keine Angst vor persönlichen Nachteilen schüren (Vermeidung von Lebensmittelverschwendung)
- Wenn es einen positiven Nutzen für einen Großteil der Bevölkerung gibt (Ausbau des ÖPNV und mehr städtische Grünflächen)

(III) Online-Denkwerkstatt: Was ziehen wir aus den Ergebnissen aus I und II?

Teilnehmer*innen: Robert Fishman, Lena Bäunker, Nicole Zabel-Wasmuth, Florian Teller, Lukas Nicolaisen, Jakob Wondra, Christine Katz

(1) Zur Konstruktion und Kommunikation von Botschaften

1.1 Kommunikation mit Angst

Vernebelung als Hauptproblem:

Gezielte Angstmacherei und die Leugnung des Klimawandels, wie sie beispielsweise von rechtsextremen Gruppen betrieben werden, sind weniger wirkungsvoll als die Strategien konservativer Medien mit breiter Anschlussfähigkeit. Diese Medien leugnen den Klimawandel nicht unbedingt, setzen jedoch subtile Verzögerungs- und Verschleierungstaktiken ein. Dabei verbreiten sie gezielt Falschinformationen, etwa die Behauptung, eine mächtige Ökolobby verdiene immense Summen am Klimawandel. Ebenso stärken sie Narrative wie: „Erst muss eine starke Wirtschaft und der Wohlstand gesichert werden, bevor über Klimaschutzmaßnahmen gesprochen werden kann.“ Dieses Argument lässt sich jedoch leicht mit Zahlen widerlegen, die die – auch kurzfristigen – Folgekosten der Erderwärmung belegen.

Angst und Schuld führen zu Rückzug und Abwehr:

Wenn Umweltverbände ihre Botschaften stark über Angst und Schuld vermitteln – beispielsweise durch Erzählungen darüber, dass es bereits zu spät sei oder dass zu wenig Verantwortung übernommen werde – führt dies oft zu Resignation und Abkehr. Auf der anderen Seite nutzen rechtsideologische Gruppen gezielt die Angst vor Veränderung, den Grünen, falschen Prioritäten oder einer sogenannten „Ökodiktatur“, um Feindbilder, Wut und Widerstand zu schüren. Angst ist jedoch ein schlechter Ratgeber. Sie führt häufig zu überstürzten Entscheidungen und negativen Gefühlen. Auch Reaktanz und Trotzreaktionen sollten in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden.

Unterschiedliche Arten von Angst:

Nicht jede Angst ist gleich. Es gibt eine reale, evidenzbasierte Angst, die auf wissenschaftlichen Fakten beruht. Daneben existieren bewusst geschürte Ängste, die durch gezielte Bilder, Szenarien oder Falschinformationen entstehen. Diese beiden Formen von Angst müssen unterschiedlich behandelt und in der Kommunikation differenziert betrachtet werden.

Konsequenzen für die Kommunikation von Botschaften:

- **Angstnarrative sollten nicht übernommen werden:** Der Reiz des „angenehmen Gruselfaktors“ hat ausgedient und ist nicht mehr wirkungsvoll – weder für Journalist*innen noch für Umweltverbände.
- **Kritik mit Lösungen verknüpfen:** Probleme sollten klar benannt und Kritik am Status quo, politischen Entscheidungen oder Politiker*innen *stets mit Lösungsoptionen und konkreten Handlungsmöglichkeiten kombiniert werden. So lässt sich eine hoffnungsvollere Grundstimmung vermitteln. Dies gilt sowohl für Journalistinnen als auch für Umweltverbände.*
- **Evidenzbasierte Argumentation ist essenziell:** Jede Diskussion sollte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren. Lösungen, die bereits erfolgreich umgesetzt werden, sollten gezielt präsentiert werden. Umweltverbände sollten auf positives Framing setzen, während Journalist*innen eine konstruktive Berichterstattung anstreben sollten. (Beispiel in der Linkliste.)
- **Keine universellen Lösungen präsentieren:** Statt eine einzige Lösung als allgemeingültigen „Königsweg“ darzustellen, sollte der Fokus auf einzelnen Fallbeispielen liegen. Es ist sinnvoll, Fragen zu stellen wie: „Wie würde das in einem anderen Kontext funktionieren?“ anstatt eine einzige Antwort für alle Herausforderungen anzubieten.
- **Strategien zum Umgang mit Klimaangst entwickeln:** Der Austausch mit Expert*innen, die Methoden zur Reduktion von Angst anbieten, ist wichtig. Ziel ist es, Strategien gegen evidenzbasierte Klimaangst zu finden, die Menschen lähmt und zu Fatalismus führt.
- **Zusammenarbeit mit Psychologists for Future stärken:** Gemeinsame Kampagnen und Initiativen können dazu beitragen, Menschen gezielt zu unterstützen und handlungsfähig zu machen.
- **Kleine Erfolge betonen und Handlungsoptionen aufzeigen:** Das Sichtbarmachen kleiner Erfolge und konkreter Handlungsmöglichkeiten hilft, Ohnmachtsgefühlen entgegenzuwirken. Der Zusammenschluss mit Gruppen oder Initiativen, die bereits aktiv sind, kann zusätzlich motivieren und stärken.

1.2 Schlagzeilenjournalismus

Der aktuelle Schlagzeilenjournalismus spielt vor allem der „Gegenseite“ in die Hände – also den Kritiker*innen von Klimaschutzmaßnahmen und ordnungspolitischen Eingriffen. Er scheint fest

unter dem Einfluss der fossilen Industrie zu stehen.

Konsequenzen für Umweltverbände und die Arbeit mit Umweltbotschaften:

- **Schlagzeilenjournalismus gezielt nutzen:** Umweltverbände sollten den oberflächlichen Schlagzeilenjournalismus nicht meiden, sondern verstärkt bespielen. Gleichzeitig sollten sie daran anknüpfend tiefere Analysen und ausführlichere Berichterstattung anbieten.
- **Zuversichtsbotschaften als Gegenerzählungen etablieren:** Positive Narrative müssen so oft und einfach wie möglich wiederholt werden. Rechte Akteure verschieben Diskurse, indem sie ehemals „Unsagbares“ stetig wiederholen, bis es als normal gilt. Diese Strategie – bekannt als „Flood the Zone with Shit“ von Steve Bannon oder die Goebbels-Logik, dass eine Lüge durch ständige Wiederholung irgendwann geglaubt wird – hat historisch funktioniert und funktioniert weiterhin. Die Konsequenz daraus: Auch Umweltverbände müssen ihre Gegenerzählung vereinfachen und kontinuierlich wiederholen.

1.3 Selbstwirksamkeit betonen und Wege aus der Ohnmacht aufzeigen

Botschaften, die sich primär auf Kritik an bestehenden Verhältnissen, an Entscheidungsträger*innen oder am Nichtstun konzentrieren, verstärken häufig Resignation und Rückzug ins Private. Auch die Betonung hoher Komplexität oder moralisierende, angst- oder schuldbasierte Kommunikation kann zur völligen Abkehr führen. Zudem werden häufig Scheinlösungen als große Erfolge präsentiert – beispielsweise durch die Fokussierung auf Mülltrennung. Stattdessen sollte der Fokus stärker auf Selbstwirksamkeit und Empowerment gelegt werden.

Konsequenzen für die Vermittlungsarbeit von Umweltverbänden:

- **Räume für gemeinsames Handeln schaffen:** Menschen sollten die Möglichkeit haben, kollektive Wirksamkeit direkt zu erleben.
- **Die großen Hebel sichtbar machen:** Die strukturellen Ursachen des Problems und die Hauptverursacher müssen benannt werden. Dies hilft, den Druck zu reduzieren, dass jede*r Einzelne allein für die Lösung verantwortlich sei. Allerdings besteht die Gefahr, dass diese Argumentation als Freifahrtschein für Untätigkeit genutzt wird – nach dem Motto: „Es bringt ja ohnehin nichts, weil ganz woanders angesetzt werden müsste.“ Deshalb ist Vorsicht geboten!

- **Individuelle und strukturelle Verantwortung verknüpfen:** Die Themen individuelle Verantwortung, Lebensstil und strukturelle Veränderungen dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie müssen als ein zusammenhängendes Konzept (Trias) vermittelt werden. Das individuelle Handeln kann, auch wenn es an sich nicht besonders viel bewirkt, trotzdem helfen, da ein Gefühl von Selbstwirksamkeit wichtig ist und eine Veränderung der Nachfrage auch eine Veränderung des Angebots zur Folge hat.
- **Möglichkeiten aufzeigen, die großen Hebel zu unterstützen:** Menschen sollten verstehen, wo und wie sie sich an relevanten Veränderungen beteiligen können.
- **Lösungen gemeinsam mit den Menschen entwickeln:** Partizipative Formate wie Zukunftswerkstätten, Bürgerräte oder moderierte Diskussionsrunden sind essenziell. Dabei sollte verstärkt gefragt werden: „Wo wollt ihr hin und warum?“

1.4 Wie sollte kommuniziert werden?

Visualisierung und erlebbare Veränderungen

- Attraktive Zukunftsbilder und reale, erfolgreiche Veränderungen sollten anschaulich und nachvollziehbar dargestellt werden.
- Neben utopischen Visualisierungsbeispielen sollten auch bereits existierende Lösungen präsentiert werden (siehe Linkliste).

Gewinn-, Nützlichkeits- und Wirtschaftsorientierung

- Szenarien sollten mit konkreten Zahlen unterlegt werden, um zu zeigen, was ökonomisch durch ein klimagerechteres Leben gewonnen und durch Nichthandeln verloren wird.
- Anhand konkreter Beispiele sollten die Nützlichkeit, die Vorteile und die wirtschaftliche Tragfähigkeit von Klimaschutzmaßnahmen verdeutlicht werden. Die Renaturierung der Isar in München ist ein anschauliches Beispiel für die positiven Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen. Obwohl die Maßnahme anfangs umstritten war, wird sie heute von der breiten Mehrheit befürwortet. Sie hat nicht nur zusätzliche Natur- und Erholungsflächen in der Stadt geschaffen, sondern auch die Lebensqualität der Bevölkerung erhöht. Ein weiterer entscheidender Vorteil ist der effektive Hochwasserschutz, den die Renaturierung bietet. In der Folge hat München seither kaum noch Hochwasserschäden zu verzeichnen.
- Jede Darstellung sollte mit einem Aufruf zur genaueren Information verbunden werden.
- Es sollte verdeutlicht werden, welche neuen Freiheiten Klimaschutz, Biodiversitätspolitik und ordnungsrechtliche Umweltmaßnahmen ermöglichen (z. B. Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen).
- Persönliche Erfolgsgeschichten und konkrete Nutzenaspekte sollten stärker betont

werden.

Ironie und Humor gezielt einsetzen

- Humor und Ironie werden bislang zu wenig genutzt, könnten aber effektiv in Klima- und Biodiversitätskommunikation eingebunden werden.
- Inspiration kann von erfolgreichen Formaten stammen, wie „Joko und die Klimadokuserie *The World's Most Dangerous Show*“ oder Filmen, die Klimathemen indirekt ansprechen.
- Es sollten Filme produziert werden, die Realitäten transportieren und Zuversicht vermitteln – ohne zu moralisieren oder den Klimawandel ständig explizit zu thematisieren.
- Die Zusammenarbeit mit Comedians und Kabarettist*innen (z. B. Ralf Ruthe) könnte neue Zielgruppen ansprechen.
- Der Aufbau von Gegenfeindbildern sollte vermieden werden.
- Kritik an Missständen sollte mithilfe von Ironie und Humor vermittelt werden.

Gemeinsame Lösungsfindung in den Vordergrund stellen

- Offenheit betonen und kein Besserwissertum vermitteln.
- Nach gemeinsamen Zielperspektiven suchen.
- Das Verbindende und Gemeinsame als Chance darstellen.

Fakten und Kritik anders kommunizieren

- Wissenschaftlich-sachliche Kommunikation erreicht oft nur wenige Menschen und kann Angst sowie Resignation auslösen.
- Kritik sollte nicht als bloße Anklage des Nichtstuns wirken, sondern mit einem klaren Mehrwert von Handeln verknüpft werden.

Konsequenzen für die Kommunikation:

- **Zielgruppen genau ansprechen:** Wer soll erreicht werden? Wen erreiche ich tatsächlich?
- **Handlungsorientierung in den Mittelpunkt stellen.**
- **Begriffe bewusst wählen:** Konservativ positiv besetzte Begriffe wie *Heimat* können unter bestimmten Bedingungen zurückerobert werden (Vorsicht geboten!). Bestimmte „Triggerwörter“ evtl. vermeiden. Ist teilweise nicht möglich oder wünschenswert, dann geht es darum diese anders zu bestetzen, bspw. den Mehrwert von Klimaschutz betonen.
- **Paradoxe Aussagen als Teaser nutzen:** Beispiel: „Bewahren heißt: Ich muss etwas verändern.“
- **Neue Begriffe für bestimmte Milieus etablieren:**
 - Statt *Klimaschutz* von *Menschenschutz* sprechen.

- Den Fokus auf Gesundheit legen.
- **Zielgruppenspezifische Ansprache entwickeln:**
Manche Menschen sind über Werte und Verantwortungsappelle erreichbar – Umweltverbände sollten gezielt herausfinden, welche Milieus darauf ansprechen. Themen sollten spezifisch auf bestimmte Zielgruppen abgestimmt werden.
- **Wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich vermitteln:** Keine akademische Sprache verwenden, sondern Formate wie Satire oder Kabarett einbeziehen (z. B. *Die Anstalt* – jedoch je nach Zielgruppe mit unterschiedlicher Zugänglichkeit).
- **Erfolgsgestories als Aufhänger nutzen:** Um lokale Erfolgsgeschichten sollten Hintergrundinformationen und Aufklärungsdaten herumgestrickt werden.
- **Erleben statt debattieren – praktische Erprobung ermöglichen:** Statt nur darüber zu sprechen, sollten flexible, attraktive Möglichkeiten zur Erprobung geboten werden – insbesondere für Skeptiker*innen. **Beispiele:** Parklets in Rotterdam, lokale Umweltprojekte mit Exkursionen von Umweltverbänden.
- Praktische Erfahrungen ermöglichen, z. B. durch gemeinsames Gärtnern oder Demonstrationen nachhaltiger Lebensweisen im eigenen Garten.

Wertekommunikation gezielt nutzen

- Kollektive Wirksamkeit statt individueller Schuld betonen.
- Zweifel und Ängste mit konkreten Handlungsmöglichkeiten verknüpfen.
- Zeigen, dass normale Menschen bereits aktiv sind – über anschauliche Praxisprojekte vor Ort.
- Intrinsische Werte stärker in den Fokus rücken.
- Kooperationen mit Organisationen wie **Common Cause Foundation, More in Common, Mission Wertvoll, Bürgerlobby Klimaschutz, Germanwatch** oder **Tag der Klimademokratie** intensivieren.
- Klimaschutzinitiativen aus der Wirtschaft stärker einbinden, z. B. **Allianz für Entwicklung und Klima, Klimaschutz-Unternehmen.**
- Mehr darauf fokussieren, *wofür* man ist, statt nur, *wogegen*.

Die Komfortzone verlassen

- Umweltverbände und Journalist*innen sollten bewusst aus ihrer eigenen Bubble heraustreten und kontroverse Gespräche suchen.
- Dialoge mit Andersdenkenden aktiv vorbereiten, z. B. durch Mediator*innen.
- Begegnungen mit Vertreter*innen anderer Meinungen ermöglichen, z. B. durch

regelmäßige Gesprächsforen mit der örtlichen IHK oder Handwerkskammer.

- Erst Verbindungen und gemeinsame Interessen schaffen, bevor argumentativ diskutiert wird.
- Mögliche alternative Begriffe für Diskurse nutzen, z. B. *Heimat bewahren* statt *Biodiversitätsschutz* (mit Vorsicht, da Heimat ein problematischer Begriff sein kann).
- Zugehörigkeit und Identifikation als Zugang zu neuen Zielgruppen verwenden.

Alternative Themenschwerpunkte für Klimaschutz- und Biodiversitätskommunikation

- Die Vermittlung sollte nicht nur über Umwelt- und Klimathemen erfolgen, sondern auch über andere gesellschaftlich relevante Themen wie:
 - o Gesundheit
 - o Ernährung und Lebensstil
 - o Menschenrechte
 - o Freiheit und Verantwortung
 - o Nachhaltigkeit als Wirtschaftsfaktor

Hoffnung als emotionale Botschaft nutzen

- Hoffnung sollte nicht bedeuten „Alles wird gut“, sondern als Möglichkeitsfenster kommuniziert werden, das sich durch aktives Handeln öffnet. **Beispiel:** Das Gebäudeenergiegesetz zeigt, dass Veränderungen möglich sind.
- Aktive Hoffnung vermitteln: Wissen über bestehende Möglichkeiten und ihre Wirksamkeit fördern.
- Vermeidung naiver Hoffnung: Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass technische Entwicklungen alle Probleme lösen, ohne dass sich etwas ändern muss.

Identifikationsfiguren nutzen

→ es braucht andere als elitär wahrgenommene Identifikationsfiguren und Vorbilder für die Umweltthemen

→ oder mehr solcher Sendungen wie von Joko Winterscheid , der als bekennender Nichtwisser von Klimazusammenhängen sich auf die Reise macht und seinen Fragen nachgeht;

(2) Was brauchen Journalist*innen von Umweltverbänden und umgekehrt?

2.1 Was hilft Journalist*innen?

- Ein **Mediendienst Umwelt**, ähnlich dem *Mediendienst Integration*, wäre hilfreich. Er sollte alle relevanten Informationen zum Thema bündeln, verständlich aufbereiten und Positionen sowie Fakten zusammentragen. Zudem könnte er Plattformen bieten, Artikel veröffentlichen und den Kontakt zu Expert*innen erleichtern. Bereits existierende Angebote wie *Klimareporter.de* oder das *Science Media Center* könnten als Vorbilder dienen.
- **Social-Media-Debatten aktiv mitgestalten:** Die Deutungshoheit über Social-Media-Debatten darf nicht rechten Akteuren überlassen werden. Anstatt nur auf AfD & Co. zu reagieren, sollten eigene Inhalte und Formate im Vordergrund stehen.
- Es sollte stets klar sein: Wofür und für wen mache ich meine Social-Media-Postings?
- Mehr positive Beispiele und Zuversichtsgeschichten bringen (siehe oben).

2.2 Was hilft Umweltakteuren?

Konstruktive Berichterstattung fördern:

- Zusammenarbeit mit positiven Nachrichtenformaten wie *Superredaktion*, *Good News NL*, *Krautreporter* und *Perspective Daily*.
- Auch klassische Medien sollten einbezogen werden – der Dialog mit lokalen Redaktionen ist wichtig, um sie in die Planung einzubinden.
- Journalist*innen und Umweltakteure sollten Medien gezielt mit Daten und positiven Nachrichten versorgen.

Zusammenarbeit mit unterstützenden Organisationen ausbauen:

- Kooperationen mit Initiativen wie *Brand New Bundestag* und *Mediaforce*, um Umweltakteure gezielt zu stärken und ihre Reichweite zu erhöhen.